

Saale-Beitung.

Dreißunddritzigster Jahrgang.

Bezugspreis für Halle... 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ausl. Zustellungsgebühr...

Anzeigen werden die Spaltenbreite oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Nr. 494.

Halle a. S., Donnerstag, den 21. Oktober.

1909.

Die Beanstandung der Lehre.

Von Karl Schrader, Mitglied des Reichstags.

Das Gesetz über die Beanstandung der Lehre von Geistlichen, das der am kommenden Sonnabend zusammen tretenden Generalynode vorgelegt werden wird, enthält wesentliche Veränderungen gegen den jetzigen Rechtszustand.

Nach diesem ist die Abweisung vom Bekenntnis ein biszufinanzlich zu ahndendes Vergehen eines im Amte befindlichen Geistlichen, ein Amtsvergehen, das mit Entfernung aus dem Amte und mit Verlust aller Rechte des Amtes bestraft werden kann.

Nach dem neuen Gesetze ist die Abweisung vom Bekenntnis kein Amtsvergehen mehr, sondern ein Mangel, der dazu führen kann, den im Amte befindlichen Geistlichen (sogenannt d. h. mit Pension — zu entfernen, die Wahl eines mit einem solchen Mangel Befassten nicht zu Bestätigen.

Dies ist eine Milderung des jetzigen Rechtszustandes für den Betroffenen, zugleich wird aber auch die Entfernung des Geistlichen aus dem Amte erleichtert, da sie nun nicht mehr eine so harte Maßregel ist.

In dem Verfahren tritt die Veränderung ein, daß die Entscheidung nicht mehr von den kirchlichen Verwaltungsbehörden, Konsistorium und Oberkirchenrat, sondern von einem eigenen Spruchkollegium auf Antrag des Oberkirchenrates. Dieser Gerichtshof steht freilich unter dessen harter Einwirkung, da er vier Mitglieder desselben und zwei ihm von dem Könige vorgeschlagene Theologie-Professoren enthält.

Das Verfahren vor dem Gerichtshofe bietet nicht die nötigen Garantien. Es ist nicht öffentlich, der Geistliche darf sich keinen rechtskundigen, sondern nur einen geistlichen Beirat nehmen; er ist in der Heranziehung von Zeugen beschränkt. Aber das Verfahren ist wenigstens nicht schlechter als das gegenwärtige.

Die wichtigste Veränderung ist aber, daß jede Befehung zu einer Lehre, die mit dem Bekenntnis der Kirche als unvereinbar gilt, bei jedem Geistlichen, der in der Kirche steht, unfaktisch ist und zum Verlust der kirchlichen Rechte führt, unfaktisch ist und zum Verlust der kirchlichen Rechte führt, unfaktisch ist und zum Verlust der kirchlichen Rechte führt.

Es ist nicht mehr erforderlich, daß die Irrlehre in im Amte oder doch so, daß sie in Beziehung zum Amte steht, bekannt wird; es genügt die einfache Tatsache, daß der Geistliche nicht bekennnistreu ist, um gegen ihn vorzugehen. Es ist also möglich, gegen einen Geistlichen wegen seiner Schriften oder wegen seiner Vorträge als Professor an der Universität oder wegen seines Religionsunterrichts an einer Schule vorzugehen, selbstverständlich nur, wenn er noch der Kirche angehört.

Jeder Geistliche, sowohl der im Pfarramt stehende, als auch der im Ruhestand befindliche, ja auch der Kandidat der Theologie und des Predigtamtes unterliegt dem Gesetze. Trifft bei dem Kandidaten der Bekenntnismangel zu, so wird ihm die Anstellungssfähigkeit entzogen.

Mit diesem Gesetze kann also die Kirche gründlich von allen Irrlehren gesäubert werden. Der Theologe, der abweichende Meinungen äußert, wird vor den Generalsuperintendenten zitiert, um sich zu rechtfertigen oder Buße zu tun. Wenn nicht, so kommt er vor den Gericht.

Die evangelische Kirche wird also in dieselbe Lage wie die katholische kommen, es wird nur einer Glauben geben, der überall gleich gelehrt wird. Die evangelischen Oberhirten, die gewiß ebenso gemessenhaft die Aufsicht führen werden, wie ihre katholischen Amtsbrüder, darauf rechnen können, daß ihren Mahnungen der nötige Nachdruck gegeben wird.

Die evangelische Freiheit wird künftig dieselbe sein, wie die katholische, d. h., so zu glauben und so zu lehren, wie die Kirchenoberhäupter bestimmen.

Die Kirche wird im wesentlichsten Punkte katholisch; an die Stelle der Gewissensfreiheit tritt für den Geistlichen der strikte Glaubenszwang. Die Katholiken werden es mit Genugtuung begrüßen, wenn die evangelische Kirche einseht, daß es ohne einen richtigen Glaubenszwang nicht geht.

Das Gesetz ist hervorgegangen aus den Beratungen der Eisenacher Kirchenkonferenz; seine Fassung hat es allerdings nicht anzunehmen, daß diese Fassung die Billigung der lutherischen Staaten gefunden hat. Aber es wird nicht bloß in den alten, unter dem Evangelischen Oberkirchenrat vereinigten preussischen Provinzen, sondern im ganzen preussischen Staate eingeführt werden sollen, müßte also die Zustimmung des Kultusministeriums als der obersten Instanz der anderen preussischen Landeskirchen gefunden haben oder noch finden. In jedem Falle aber hat das preussische Staats-

ministerium die Erklärung abgegeben, daß es das Gesetz mit den Interessen des Staates für vereinbar hält. Einer sehr ersten Erwägung wird eine solche Erklärung bedürfen.

Die Zusammensetzung der Generalynode.

Die Generalynode setzt sich aus 150 von den verschiedenen Provinzialständen gewählten Mitgliedern zusammen; ferner nehmen an ihr teil 30 vom König berufene Mitglieder, die dreizehn Generalsuperintendenten der alten Provinzen, je ein Vertreter der theologischen Fakultäten der Universitäten Berlin, Breslau, Bonn, Greifswald, Halle und Königsberg. Die Generalynode wird zunächst unter der Leitung des regelmäßig am Schluß einer Synode gewählten Vorstandes stehen, bis die Wahl des Präsidiums vorgenommen ist. Zum Präsidenten dürfte wieder Graf Zieten-Schwering gewählt werden. Von Kaiser sind in seiner Eigenschaft als König von Preußen in die Generalynode berufen worden: Fürst zu Stolberg-Schlobitten, Oberbürgermeister Körte (Königsberg), der Kommerzienrat Königreich Preußen Oberlandesgerichtspräsident v. Helme (Königsberg), Oberpräsident v. Jagow (Danzig), Präsident des Oberverwaltungsgerichts Wirtl, Geheimrat v. Ritter (Berlin), Oberverwaltungsgerichtsrat Frohwein (Berlin), Kammergerichtspräsident Dr. Bischoff (Berlin), Stadtschulrat Dr. Michaelis (Berlin), Oberhofmeister Freiherr von Mirbach (Potsdam), Prediger D. Scholz (Berlin), Generaldirektor von Siemens & Halske Spieder (Grüneburg), Geh. Regierungsrat Bethge (Stettin), Geh. Konsistorialrat Gräber (Stettin), Oberpräsident Frhr. v. Mulhens-Gülch (Stettin), Kommerzienrat Griebel (Stettin), Superintendent Harthausen (Stalmersee), Majoratsbesitzer v. Steiger (Sobotta), Bergart Remo (Lippe), Oberpräsident Schimmeljung (Breslau), Landrat Graf Barock (Breslau), Rektor Jagow (Merseburg), Oberbürgermeister Lenke (Magdeburg), Geh. Regierungsrat und Schulrat Trofen (Magdeburg), Minister des königlichen Hauses a. D. v. Rebel (Biesdorf), Landrat Frhr. v. Deubert (Krollage), Kommerzienrat Müllersiefen (Ergelshausen), Besitzer Umeyer (Obersiebenbrunn), Landgerichtsrat Maur (Essen), Kommerzienrat Kolsmann (Langenberg), Generalmajor a. D. v. Hepte (Neuwied).

Deutsches Reich.

Ferredemonstrationen.

(Gegen den bayrisch-russischen Auslieferungsvertrag.)

Aus Berlin wird uns gemeldet: Nach einer von Karl Schmidt abgehaltenen Versammlung im Friedrichshain, in der gegen die Hinrichtung Ferrers Stellung genommen wurde, zog gestern abend eine nach Hunderten zählende Menge nach dem Königstor, wo sie von einem starken Polizeiaufgebot aufgehalten wurde, das die Massen in die Greiswälderstraße dirigieren wollte. Hierbei kam es stellenweise zu einem scharfen Eingreifen der Polizei. Am Königstor ging die Schussmutter in Trab gegen die Menge vor. Eine Reihe Entlassungen wurden vorgenommen.

Auch in München fand gestern abend eine vom demokratischen Verein einberufene öffentliche Versammlung statt, die sich mit dem bayrisch-russischen Auslieferungsvertrag und der Erschießung Ferrers beschäftigte. Einleitend wurde eine Resolution angenommen, die die Erwartung auspricht, daß die bayerische Regierung alles tun werde, um die sofortige Aufhebung des völkerrechtswidrigen Abereintommens herbeizuführen. Ueber das zweite Thema wurde ebenfalls eine Resolution angenommen, wonach die Versammlung die Erschießung des Kultur- und Freiheitskämpfers Ferrer für einen brutalen Mord hält und ihre volle Sympathie für die Freiheitsbewegung in Spanien ausdrückt.

Schulärzte im Hauptamt

werden künftig für die Volksschulen der Stadt Chemnitz angestellt. Zunächst waren auch hier Ärzte im Nebenamt mit der gesundheitlichen Ueberwachung der Schulen und ihrer Schüler beauftragt; für die 42 000 Volksschüler in 34 Schulen waren 17 Schulärzte nebenamtlich tätig. An ihrer Stelle werden nun 3 „hauptamtlich tätige Schulärzte“ treten, die unter Bericht der jede Praxistätigkeit ihre ganze Zeit und Kraft der Schule widmen sollen. Man hofft so Befreiung der Mängel, die sich bei der Tätigkeit der Ärzte im Nebenamt herausgestellt haben, und man erwartet denn mehr Erfolge und größere Vorteile. Sider werden sich diese Erwartungen auch hier erfüllen; aber ebenso sicher ist, daß die ganze schulärztliche Einrichtung, mag sie nun von Ärzten im Nebenamt oder von Ärzten im Hauptamt getragen werden, eine halbe Sache, ein Messer ohne Schneide ist, so lange man sich auf die bloße Beobachtung und Unterlegung des Gesundheitszustandes der Schüler beschränkt. Mit der schulärztlichen Kontrolle allein ist der Gesundheit des kontrollierten Kindes noch nicht gebietet, und durch die aus Elternhaus gerichtete Mitteilung, daß der Gesundheitszustand des Kindes nicht einwandfrei, wohl gar von ersten Gefahren bedroht ist, wird das vorhandene oder heraufziehende Uebel nicht abgewendet — wenigstens bei den Kindern mittlerer Eltern nicht. Das kann und wird erst dann der Fall sein, wenn diesen Kindern nach der schulärztlichen Kontrolltätigkeit eine gesundheitliche Behandlung zuteil wird.

Die Arme und der Alkohol.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ führt mit großer Beharrlichkeit, nachdem er anlässlich der neuen Gesetzgebung sein schnapsfeindliches Herz entbald hat, den Krieg gegen den Alkohol. Es könnte ja nur erwünscht sein, wenn er damit bei den für den Schnapsgegner in erster Linie in Betracht kommenden Arbeiterklassen Erfolg hätte, doch scheinen nach wie vor Zweifel daran zu bestehen, ob der Einfluß der sozialdemokratischen Parteiliche über eine alte Gewöhnung und die Macht der Parteidubler obliegen wird. Immerhin zeigt es von einem gewissen Mut, daß die Parteiliche gegen die letztgenannten recht einflussreichen Parteigenossen das Wort ergriffen hat. In den Mitteln seiner Agitation ist der „Vorwärts“ allerdings neuer geschmackvoll noch wäplicher. Er schreibt:

Eine altpreussische Tradition lautet dahin, daß der Schnaps eine für die Arme sehr wünschliche Einrichtung sei, weil er in der Schlacht und im Gefecht Mut verleihe und die Nerven beruhige. Er gilt folgermaßen als der Vater von Soldaten. Eine Anekdote, von der wir allerdings nicht wissen, ob sie auf Wahrheit beruht, erzählt, daß einmal ein preussischer Hauptmann und ein preussischer Feldwebel, die derselben Kompagnie angehörten, sich in der nämlichen Sache unter einem Baum 1. Kl. erworben hätten und der Feldwebel, als er die Auszeichnung zum erstenmal trug, zum Hauptmann sagte: „Eigentlich, Herr Hauptmann, war ich bei der Schlacht nicht beisein“, worauf der Hauptmann lachend antwortete: „Na, und ich erst.“

Die Anekdote ist — so bemerkt die „Kritik. Ztg.“ — ganz lustig und wird in aufgedünnter Gesellschaft manchmal erzählt, ist aber zu einer ernsten Schlussfolgerung natürlich ganz unbrauchbar. Den Mut der deutschen Truppen im Gefecht aber auf Schnaps zurückzuführen, ist ein ebenso nutzloses wie unwürdiges Stück, das von den alten Soldaten, die, sei es in unsern großen Kriegen oder in den Kolonialkämpfen im Feuer getanden haben, wohl richtig eingeschätzt werden wird. Sodann wird in dem Artikel der Versuch unternommen, die preussischen Offiziere als besondere Trunkenbolde hinzustellen, und der Verfasser erzählt, daß er, als er einmal in einem Hause zusammen mit zwei preussischen Leutnants gewohnt habe, des Hausknechts ein Schnapsgetränk erfüllt gewesen sei. Ganz so schlimm wird es wohl nicht gewesen sein, und wenn auch gar nicht in Abrede gestellt werden soll, daß in Offizierskreisen bei besonderen Anlässen der Humpen etwas zu sehr geschwunden wird, so ist es doch eine bekannte Tatsache, daß das Trinken in Offizierskreisen in den letzten Jahren ganz außerordentlich zurückgegangen ist.

676 Ausstellungen in einem Jahre.

Die Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie schreibt:

Nach den Katastern der Ständigen Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie, die das gesamte Gebiet des in- und ausländischen Ausstellungswezens bearbeitet, sind für das Jahr 1909 unter Ausschließung der rein landwirtschaftlichen und Kunstausstellungen — allein an gewerblichen Ausstellungen 676 Ausstellungen an allen ansehnlichen Ausstellungen in Deutschland nicht weniger als 318, auf das Ausland 358. Ferner sind schon jetzt verzeichnet an Ausstellungen:

Table with 3 columns: Location, 1910, 1911, 1912. Rows: Deutschland, im Ausland, Zusammen.

Angerechnet einige Ausstellungen, die schon für die Jahre 1913 bis 1920 geplant sind, sind also nicht weniger als 904 Ausstellungen bekannt geworden. So erscheint die Welt mit einer Ausstellungenaggarie nach allen Richtungen hin, die im November d. J. die Spreu vom Weizen zu scheiden, die unoliden und überflüssigen Veranstaltungen zu betäupfen und gegebenenfalls nur solche Ausstellungen zu fördern und zu bescheiden, die wirklich dem wohlfördernden Interesse des Gewerbetreibenden dienen.

Die staatlichen Motorpostlinien in Bayern.

Die königlich bayerische Post- und Telegraphenverwaltung publiziert eine Broschüre, betitelt „Die Betriebsergebnisse sämtlicher staatlicher Motorpostlinien im Jahre 1908.“ Diese Veröffentlichung bietet hochinteressante Zahlen, welche für die Beurteilung dieser staatlichen Institution im besonderen und die Verwendung des Motorfahrzeuges als öffentliches Verkehrsmittel im allgemeinen von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Bis 31. Dezember 1908 waren nach dem Bericht im ganzen sieben Linien in Betrieb gekommen. Davon waren elf ständige Linien und sechs Sommerlinien.

Wohlförderlich und besonders für einen Vergleiche mit Kleinbahnverhältnissen von Interesse ist die zweite Rubrik dieser Veröffentlichung: Beschränkung des Verkehrsgebietes. Im Durchschnitt ergeben sich hier 5200 Personen, und besieht man die Bevölkerungsziffer auf einen Kilometer Betriebslänge, so ergeben sich 230 Personen für die ständige Linie. Daraus erkennt man, daß es nicht gerade die am dichtesten bewohnten Gegenden sind, in welchen der Omnibus seine Dienste leistet. Es sind hauptsächlich Gebiete, in denen die Kleinbahn außer Acht gelassen zu sein. Für die Betriebsergebnisse der Fahrpreise sprechen dann die Zahlen der sechsten Rubrik eine zu deutliche Sprache, als daß hier das gar zu lange bestehende Vorurteil diesen Verkehrsmitteln gegenüber noch länger sich aufrechterhalten könnte, sondern daß endlich in weiten Kreisen die Ueberzeugung Platz greifen muß, daß der Benutzermangel (natürlich ein gutes Maßstab vorausgesetzt) auch der

weitgehenden Ansprüchen eines öffentlichen Verkehrsmittels sich erwachsen zeigt.

Die Betriebslängen der Straßen sind recht verschieden: sie schwanken von 24 Kilometer bis 34 Kilometer, sind aber immerhin zirka 22 Kilometer im Durchschnitt bei den städtischen Linien, ein richtiges Verhältnis für den Motorwagenbetrieb.

Bei den Anlagelosen nehmen der Eigenart dieses Verkehrsmittels entsprechende Anschaffungskosten für die Fahrzeuge den größten Betrag weg, aber es ist auch hier charakteristisch, daß die Gesamtanlagelosen, auf einen Kilometer Betriebslänge bezogen, nur 3517 Mark betragen, die städtischen Linien für sich betrachtet sogar nur 2780 Mark. Für eine Kleinbahn wäre dieser Betrag mindestens das Sechsfache bis Siebenfache, schon in Anbetracht des schwierigen, gebirgigen Geländes, durch welches die meisten Linien führen.

Die angeführten Zahlen zeigen auch wieder offenkundig die Anprudslosigkeit dieses Verkehrsmittels und weisen auf seine Verwendung in Gebieten von kleinen, finanziell weniger leistungsfähigen Dörfern hin.

Der deutsch-türkische Handel.

L. C. Ueber die Handelsbeziehungen Deutschlands zur Türkei schreibt man uns von unterrichteter Seite:

In den letzten Tagen hat sich die deutsche Presse mit den Handelsbeziehungen Deutschlands zur Türkei lebhaft beschäftigt. Die Türkei hat bekanntlich einen vierprozentigen Aufschlag ihrer sämtlichen Zölle in Aussicht genommen. Hierzu hat sich von den sogenannten „Kapitalmächten“, deren Zustimmung zu einer Zolländerung erforderlich ist, England noch nicht erklärt. Desterreich hat seine Zustimmung von der Gewährung eines besonderen Entgegenkommens bezüglich industrieller Bestimmungen abhängig gemacht. Eine definitive Stellungnahme Deutschlands zu dieser Erhöhung steht noch aus. Von einer solchen Erhöhung wäre jedenfalls eine nicht unbeträchtliche Schädigung besonders der deutschen Textilindustrie zu erwarten.

Es erhebt bei diesem Stande der Dinge nicht unwichtig, darauf aufmerksam zu machen, daß in den gegenwärtig leitenden Kreisen der Türkei die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines vorteilhaften Zusammengehens mit Deutschland immer mehr an Boden gewinnt. In einem neuerlichen Artikel des führenden Blattes der Jungtürken, dem „Journal de Salonique“, wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland in bewundernswürdiger Weise dazu ausgeübt sei, um der Türkei in ihrem wirtschaftlichen Aufschwung zu helfen.

In Verfolg dieser Ausführungen der türkischen Zeitung schreibt nun ein namhafter Politiker dem „Journal de Salonique“ als Konstantinopel, daß in den maßgebenden türkischen Kreisen zweifellos ein Umschwung zugunsten Deutschlands wahrzunehmen sei, da man sich von Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht sehr viel verspreche und der wirtschaftliche Vorteil eines Landes doch letzten Endes ausgleichend sei. Es bricht sich also scheinbar in der Türkei allmählich die Ueberzeugung von der natürlichen Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenarbeitens mit Deutschland und weiterhin dann mit den Mächten des Dreibundes Bahn.

Das angebliche Geheimabkommen mit Japan.

„Rom Paris, New York Herald“ wird das Gerücht verbreitet, von Desterreich und Deutschland werde ein Geheimvertrag mit Japan für den Fall eines Konfliktes beider Mächte mit Rußland und England betrieben. Es handelt sich hierbei anscheinend um die Aufwärmung eines alten Schwunders, der hinreichend widerlegt ist. Vor einiger Zeit schon wurde im Ausland behauptet, die deutsche Presse hätte ausgepresst, Desterreich schließe ein Militärabkommen mit Japan ab. Desterreich hat damals die Behauptung mit Entschiedenheit zurückgewiesen; es würde das wahrscheinlich auch heute tun, wenn es für nötig hielte, gegen die Nachricht des Genationsblattes überhaupt etwas zu sagen.

Der Hanjand und der „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 20. Oktober einen angeblichen Brief, den der erste Direktor der Norddeutschen Kreditanstalt in Königsberg, George Marx, an den Präsidenten des Hanjandbes, Dr. Rießer, gerichtet haben soll, worin Herr Marx den Gedanken zur Erwägung stellt, ob nicht aus Arbeitern der Eintritt in den Hanjand eröffnet werden könne, um der Sozialdemokratie den „Wind aus den Segeln“ zu nehmen. Darauf erklärt jetzt der Hanjand:

Wir stellen zunächst fest, daß es jedem unbenommen ist, dem Präsidium des Hanjandbes Vorschläge — gute und schlechte — zu unterbreiten, was denn auch in großen Umfange von den verschiedensten Seiten geschehen ist. Wir stellen aber weiter fest, daß der vom „Vorwärts“ veröffentlichte angebliche Brief des Direktors Marx nicht existiert, also weder abgehandelt, noch in die Hände des Herrn Dr. Rießer gelangt ist. Der „Vorwärts“ ist so nach offenbar manipuliert worden.

Die Sorge um die Jugend.

L. C. Die Bemühungen zur Erziehung der schulentlassenen Jugend werden allwege ernsthafter als je angefaßt. Die deutschen Gewerkschaften in Groß-Berlin haben kürzlich eine vorbereitende Sitzung in dieser Frage abgehalten. Es trat dort der Wunsch hervor, hand in hand mit dem Bund deutscher Jugendvereine an der Schaffung einer freisinnig-nationalen Jugendbewegung zu arbeiten. Zur weiteren Beratung wurden elf Leitende angenommen, von denen wir nachstehende bringen:

Die Bildung besonderer Jugendorganisationen innerhalb der Gewerkschaften mit eigener Verwaltung ist nicht zu erwägen. Statt dessen sind in jedem Wahlbezirk einfache Jugendabteilungen zu bilden, unter Leitung der Dönmänner, ohne eigene Beiträge. Die Mitglieder der Jugendabteilungen bleiben vielmehr Mitglied des Gewerkschafts ihres Berufs zu den dort üblichen Mitgliedsbeiträgen.

Die soziale Kommission Groß-Berlins hat einen Jugendausschuß zu errichten. Dieser setzt sich zusammen aus sechs älteren Gewerkschaftern und fünf jugendlichen Mitgliedern. Außerdem ist der Jugendausschuß berechtigt, interessierte Leute an anderen Stellen, vor allem bei den Jugendvereinen, aufzusuchen. Die Jugendauswahl steht in Verbindung mit der sozialen Kommission die Leitung der Jugendbewegung in Groß-Berlin ob.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird ausdrücklich betont, daß die Jugendbewegung innerhalb der Gewerkschaften eine von freisinnig-nationaler Gesinnung getragene allgemeine Bildungs- und Erziehungsbewegung sein soll. Keineswegs soll sie irgendwie als gewerkschaftliche oder politische Kampfbewegung betrachtet werden.

Ein oder mehrere Wahlbezirke treffen in ihren Jugendabteilungen und nach Anleitung des Jugendausschusses gemeinsame Veranstaltungen für die Jugend. Und zwar: a) belehrende Vorträge allgemein wissenschaftlicher Art und Lichtbilderdarstellungen, b) Unterhaltungsabende, Rezitationen, c) fachwissenschaftliche oder ähnliche Bildungsture, d) Sportveranstaltungen, Wandertouren u. a. m.

Aus den Kolonien.

Durchsichtereien in der Diamantenförderung. Wie aus Windhuk telegraphiert wird, ist nach einer amtlichen Meldung ein Teil der angeblich in der Conception Bay gefundenen Diamanten gar nicht dort gefunden, sondern eingeschmuggelt worden. Es besteht ferner Verdacht, daß große Durchsichtereien vorgenommen sind.

Kleine politische Nachrichten.

Der deutsche Kaiser in Rom. Eine offizielle Note der „Tribuna“ bestätigt heute die Nachricht, daß die Komreise des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg nur durch belanglose und schließlich nicht zu umgehende Umstände aufgeschoben ist. Die Reise findet deswegen später statt, weil der Kaiser erst im November nach Rom zurückkommt, der Reichskanzler aber den Verhandlungen im Reichstage betreiben muß.

Einführung einer Stempelsteuer im Fürstentum Biskop. Zwecks Aufbringung der Kosten für den Bau zahlreicher Chausseen und Eisenbahnen beschloß der Provinzialrat des Fürstentums Biskop gemäß einem Antrag der Regierung die Einführung einer Stempelsteuer.

Aus dem Industriegebiet. Durch den Kampf um die Bierpreise und Biergefäße sind überraschende Veränderungen in der rheinisch-westfälischen Brauindustrie eingetreten. Jetzt wird Bochumer Bier nach Dortmund ausgeführt. Eine Brauerei in Bochum, die mit dem Brauereiwirk in einem Vertragsverhältnis steht, hat, um dem Wettbewerb Dortmund ringfreier Brauereien zu begegnen, in Dortmund bei Bierabnehmer Eingang gesucht und gefunden. In die Bierfabrik Dortmund kommen jetzt wesentlich mehrere Hundert Fassetliter Bochumer Bier. Aus demselben Anlaß gehen aber auch große Mengen Dortmunder Bier nach Bochum.

Die Erfolge der deutschen Anleiher in der Ostmark. Welche Fortschritte in der Ostmark durch die preussische Anleiherpolitik erzielt werden, läßt sich an dem Beispiel des Gnesener Kreises erkennen. Der Grundstücksbesitz der Anleiherkommission betrug sich jetzt auf 85 000 Morgen, d. i. etwa 38 v. H. der Gesamtfläche des Kreises. Der im Privatbesitz befindliche Boden des Kreises verteilt sich auf gleichen Teilen auf Preussische und Polen. Der Erlös des Anleihergeschäftes wohnen im Kreise Gnesen 10 000 Deutsche und 30 000 Polen. Bei der letzten Volkszählung wurden dagegen 17 900 Deutsche und 34 400 polnische Seelen gezählt.

Sof- und Personalnachrichten.

„Eine Nachricht aus Breslau zufolge werden am 26. November Kaiser Wilhelm und Großherzog Franz Ferdinand als Jagdgäste des Fürsten v. Pleß auf Schloss Pleß eintreffen.“

Ausland.

Die Zarenreise.

Das Programm der Festlichkeiten.

Paris, 21. Okt. Nach einer römischen Meldung des „clair“ hat Tittoni den Verbündeten Italiens gegenüber bereits die Erklärung abgegeben, daß die Konferenz zwischen den italienischen und russischen Staatsmännern außer dem Status quo auf dem Balkan keinerlei politische Zwecke verfolgen.

Die Anklage über den Reiseweg des Zaren ist beiseite. Der offizielle römische Draht meldet, der Zar fahre von Weizenbrunn über Polen, Frankreich, A. M., Lyon und Modan nach Kacconi. Da er infolge des Regens, wird ihm weder von deutschen noch von französischen Behörden ein Empfang bereitet werden. Auch der Laus des Zusammenstehens des Zaren mit dem König von Italien steht jetzt fest. Hierbei, sowie über die aus diesem Anlaß geplanten Festlichkeiten berichtet folgendes Telegramm:

Rom, 20. Oktober. Heute werden folgende definitive Mitteilungen über die Zarenreise bekannt: Der Zar tritt am 23. Oktober in Baronecchia ein, wo er von dem russischen Botschafter in Rom, Fürsten Dolgorudi, sowie einer italienischen Militärmission, bestehend aus General Trombi und dem Divisionskommandeur, General Baratieri, empfangen wird. Der Zar fährt ohne Aufenthalt direkt bis Kacconi. Dort wird er um 2 Uhr von dem König, dem Ministerpräsidenten Giolitti, dem Minister des Innern Tittoni und den Militär- und Zivilorganen des Hofes begrüßt. Am Sonntag, dem 24. Okt., findet Empfang im Schloß und Jagd auf Galanen und Schneppen statt. Danach ist großes Galadiner. Am Montag, dem 25. Okt., soll wiederum eine Jagd abgehalten und sollen Ausflüge im Automobil in der Umgegend unternommen werden. Die Fahrt nach der Fährkruge von Superga scheint aufgegeben zu sein. Auf Montagabend ist die Fährkruge des Zaren angefaßt. Die Fährkruge soll auf demselben Wege erfolgen wie die Zeremonie. Der Generaldirektor der italienischen Bahnen wird den Zug persönlich führen. In Kacconi steht es aus wie in einem großen Wanderslager. Die Strecke von der Grenze bis Kacconi ist von 11 000 Mann bewacht. Die Nachricht, daß ein französisches Geschwader der Zaren in einem italienischen Hafen begrüßen werde, ist unbegründet. Das französische Geschwader trifft erst am 28. Oktober, einen Tag nach der Abreise des Zaren, in Neapel ein.

Wie ein Telegramm aus Odessa meldet, traf die Kaiserin „Standart“, von Livonia kommend, mit dem Zaren an Bord gestern vormittag um 10 Uhr 30 Minuten dort ein. In der Landungsstelle und auf dem Wege bis zum kaiserlichen Zuge wurde der Zar von den Militär- und Zivil-

bedürden, den ausländischen Konsuln, der Schiffsjüngend und verschiedenen Deputationen begrüßt. Um 11 Uhr fuhr der Zar nach Italien ab.

Die ungarische Krise.

„Aus Budapest wird gemeldet: In dem gestrigen ungarischen Ministerrat, der eine halbe Stunde dauerte, forderte der König in seinen einleitenden Worten die Minister auf, ihre Anschauungen über die Lösung der Krise darzulegen, wobei er betonte, es sei wünschenswert, die Koalition aufrecht zu erhalten. Die Minister legten darauf ihre Anschauungen dar und betonten, eine verfassungsmäßige Lösung sei nur möglich, wenn entweder die Mehrheit über die Minderheit des ungarischen Abgeordnetenhauses mit der Bildung des Kabinetts betraut werde. Wenn auch die Aufrechterhaltung der Koalition aus geschlossen erweise, so würden sie doch in dieser Richtung ihre Bemühungen fortsetzen und dem König darüber berichten. Der König erklärte hierauf wiederholt, er wünsche eine verfassungsmäßige Lösung der Krise, und ergrühte die Minister, seinen Entschluß abzuwarten und dahin zu wirken, daß die schwierige Lage nicht durch unvorhergesehene Umstände noch mehr erschwert werde. Die Minister reisten nach Budapest ab. Vor dem Kronrat hatte der König den Grafen Andrássy, Johann den ungarischen Ministerpräsidenten empfangen. Die Lage ist also nach dem gestrigen Tage nicht klarer, als zuvor. Charakteristisch ist, daß die Gerüchte von einer Demission oder Umwandlung des Kabinetts nicht verschwinden wollen.“

Wien, 21. Okt. Das österreichische Budget wird mit einem Defizit von 40 Millionen abgeschrieben; es wird gleichzeitig mit einem Finanzplan im Abgeordnetenhaus eingebracht werden, durch dessen Annahme das Defizit beseitigt werden soll.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Agrocossimäthe und Mulaq Saffid. Pariser Blätter zufolge gibt die Anwesenheit des Reichsfürsten Jules Cambon in Paris den marokkanischen Dingen. Es soll sich um ein einheitliches Vorgehen aller Agrocossimäthe handeln, um Mulaq Saffid zu größerem Respekt vor den Mächten, vor allem aber um angemessener Behandlung der in Fez beglaubigten Konsuln zu veranlassen.

Aus der Programmrede Briands. Das „Amisval“ veröffentlicht den Wortlaut der Rede, die Briand in Brüssel gehalten hat. Er sprach zuerst über persönliche Freiheit und führte dann u. a. aus: Wenn die Revolutionäre den Antrag unternehmen wollen, so wird sich die Regierung diesem entgegenstellen. Der Minister wies auch auf die Notwendigkeit hin, daß die bestehenden Staaten einen Teil ihres Verfalls an Unbemittelte abgeben sollten.

Entdeckung eines Komplotts. Italienischen Blättern zufolge wurde ein Komplott entdeckt, das bezweckte, die 47 verhafteten Führer der Camorra zu befreien. Die Gefangenenurteil sollten verurteilt und der Nachposten getötet werden. Mehrere Verhaftete sind bereits verhaftet.

Kongresse und Verbandstage.

Deutscher Berufsgeoffenenschaftstag.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Stuttgart, 20. Okt.

In den fortgesetzten Verhandlungen sprach der Syndikus des Verbandes der Berufsgeoffenenschaften Dr. Ritter (Hamburg) über die Vorzüge und Nachteile des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung. Das Thema habe, so führte der Redner aus, akademischen Charakter, wirtschaftliche Gegenstände kämen dabei nicht in Betracht. Zu räumen sei an dem Entwurf die Gleichmäßigkeit des Ausdrucks, auch Satz- und Wortbildung seien gegen frühere Entwürfe unergiebiglich besser, im ganzen sei aber doch die Fassung des Entwurfs nicht glänzend. Die Reichsversicherungsordnung und die bisherige Kritik daran behandelte Direktor Meesmann (Mainz). Er betonte das Behalten, daß der Entwurf der notwendigen Klarheit und Uebersichtlichkeit in der Anordnung entbehre. Sein außerordentlicher Umfang erschwere die Gemeinverständlichkeit und die Handhabung des Wertes. Im allgemeinen sei zu sagen, daß selten in einer Frage von dieser Bedeutung eine so weitgehende Uebereinstimmung der Meinungen unter den beteiligten Kreisen festzustellen gewesen sei wie in der vorliegenden. Man sei einzig in der Befürchtung derjenigen Bestimmungen des Entwurfs, welche eine Beschränkung der sozialen Selbstverwaltung enthalten. Vorherrschend sei der Eindruck, daß der Entwurf eine Bureaufkräftigung der sozialen Versicherung zur Folge haben werde. Die Berufsgeoffenenschaften wollten gern an einer Beseitigung der bestehenden Mängel mitarbeiten, Ueber die Lücken der Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der

Unfallversicherung.

referierte der Syndikus der Schlesischen Textilberufsgeoffenenschaft Justizrat Dr. Reißer (Breslau). Redner hatte eine ganze Reihe von Ausstellungen an dem Entwurf auf dem taglichen Gebiete. Bei dem Kapitel „Gegenstände der Versicherung“ werden gesetzliche Bestimmungen vermischt, nach welchen bei bemut verbotsmäßigem und dabei den Zwecken des Betriebes fremden Handlungen die Entschädigung verweigert werden kann. Ob der Verletzte, ohne Rechtsmittel fürchten zu müssen, auch den unerschöpflichen und gefahrlosesten operativen Eingriff absehen dürfe, sei zum mindesten zweifelhaft. Im 9. Abschnitt „Unfallverhütung und Ueberwachung der Betriebe“ verlangt Referent Verbindlichkeitsvorschriften für die Mitglieder des Reichsversicherungsamtes, die Geschäftsführer und Bureaubeamten der Berufsgeoffenenschaften. Beim Kapitel „Verfahren“ wünscht der Redner einheitliche Regelung der polizeilichen Untersuchungsverhandlungen und Revision der Vorchriften über die Notwendigkeit der Anhörung des behandelnden Arztes. In der Debatte regte der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann an, daß zwischen den Organen des Reichsversicherungsamtes und den Berufsgeoffenenschaften ein engeres Zusammenarbeiten herbeigeführt werde. Der Vorschlag fand bei verschiedenen anderen Rednern, namentlich bei Baurat Dr. Blum lebhaften Unterstützung. Auch

...Kopelnus stimmte dem Vorschlage zu, aber unter der Bedingung, daß die Geesgebung den Berufsvereinigungen ihre Selbstverwaltung lasse. (Zeh. Beifall.) Der Direktor im Reichsversicherungsamt Witkowski verbreitete sich über Unfallversicherung und Unfallberühmungsrichtlinien. Das Reichsversicherungsamt, erklärte der Redner, lasse die Arbeiten der Berufsvereinigungen auf diesem Gebiete hoch ein. Aber man müsse sich hoch fragen, ob nicht in der Richtung noch mehr getan werden könne, daß dem einzelnen Arbeiter die Tätigkeitsrichtlinien noch mehr Anknüpfungspunkte gemacht würden. Auch der Präsident des Reichsversicherungsamtes betonte, daß auf dem Gebiete der Unfallversicherung noch ein reiches Feld der Betätigung für die Berufsvereinigungen liege. Direktor Wenzel bemerkte, daß der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes bereits mit der Revision der Unfallberühmungsrichtlinien beschäftigt sei. Der Ausschuss werde auf diesem Gebiete gern mit dem Reichsversicherungsamt zusammen arbeiten. Damit war die Aussprache beendet.

Provincial-Nachrichten.

Generalsuperintendent D. Biererge-Stiftung.

Die Superintendenten Krüdeberg-Bezirks, Medem-Bahrendorf und Schuler-Dörschens überreichen dem am 1. Oktober in den Provinzialtag getretenen Generalsuperintendenten D. Biererge-Magdeburg in seiner Wohnung mit einer Adresse eine Gabe von 4000 Mark für eine Stiftung, deren Zinsen Geisteskranken in der Provinz zu Gute kommen sollen, die Gemeindevorstände für besonders fruchtbarer Gegenden außerhalb der Provinz zu studieren, um daraus Anregung für ihre eigene Tätigkeit zu gewinnen. D. Biererge nahm mit herzlichem Dankbarkeit die Stiftung, sowie deren Verwaltung an und gab seiner großen Freude über die Zweckbestimmung Ausdruck. Wie mitgeteilt wird, ist die Sammlung noch nicht genügend abgeschlossen. Gaben dankbarer Verehrer werden noch gern entgegengenommen; sie sind an einen der genannten drei Superintendenten zu richten.

Der Streik bei Mansfeld.

§ Heftigkeit. 20. Okt. Die bisher bewährte Ruhe in unserem Streikgebiet scheint zu Ende zu gehen. Zumutbarlich gegen heute abend gegen 5 Uhr über tausend Bergarbeiter nach dem hiesigen Marktplatz. Sie hatten die Arbeitswilligen nach Schluß der Schicht an der Kupferhammerhütte beim Aussteigen aus der gewerkschaftlichen Bahn empfangen und geleiteten sie in tumultuöser Weise nach hier, wo sich die Menge infolge des Einschlüpfens der Ortspolizei endlich zerstreute.

Vom Broden.

In ganz Mitteleuropa herrscht vorwiegend trockenes, heiteres, ruhiges und warmes Wetter. Auch auf dem Broden haben wir seit dem 17. d. M. früh prägnantes Herbstwetter zu verzeichnen, und der Luftdruck ist für die Bewohner des Brodens außerordentlich günstig. Heute ist der vierte Tag, daß der Gipfel nebelfrei ist. In den letzten Tagen wurden bei einer Temperatur von 12 und 13 Grad Wärme zahlreiche Schmetterlinge lustig flatternd auf der Brodenflur beobachtet. Auch haben wir seit Sonntag großartige prägnante Sonn-Auf- und -Untergänge mit großartigen Nimmungserscheinungen beobachtet können. So zeigte das Thermometer am 19. 7 Uhr früh + 9 Grad, mittags + 11 Grad und abends 9 Uhr + 7,6 Grad Celsius. So waren gestern der Kupferhütte und die höchsten Spitzen des Thüringer Waldes, besonders der Anletsberg, sichtbar. Heute früh Sonnenaufgang bei 8 Grad Wärme, klarer, böiger Südwind, Windstärke 6 und Fernsicht um 7 1/2 Uhr früh trüblicher Nebel ein, welcher auch mittags noch anhält. Infolge der prägnanten Herbsttage ist der Touristenverkehr nicht nur auf dem Broden, sondern im ganzen Oberharz ziemlich lebhaft. Nach der allgemeinen Wetterlage zu urteilen, dürfte eine wesentliche Milderung des Witterungscharakters nicht eintreten.

Eigene Hochzeit.

* Roederleben, 20. Okt. Das Heinrich Hilppredische Ehepaar begehrt heute in körperlicher und geistiger Frische das Fest der eisernen Hochzeit. Der Kirchen- und Gemeindevorstand sowie der Schulnarrten brachten dem Jubelpaare ihre Glückwünsche. Die Wittkapselle von Roederleben hatte das Paar schon am frühen Morgen durch ein Ständchen erfreut. Am 1. Uhr findet die kirchliche Einsegnung statt, nachdem das Frau Baronin von Roze veranlaßt, Festmahls hat.

Wider den Abg. Lehmann.

Jena, 19. Okt. Der hiesige Führer der Jungliberalen erklärte in einer öffentlichen Versammlung mit Bezug auf den früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Paul Lehmann:

Die Jungliberalen haben Herrn Lehmann von Anfang an mit dem heftigsten Mißtrauen gegenüber gestanden. Sie hatten das Gefühl, daß sein Liberalismus nur ein Deckblatt sei und die Einlage stark nach Oben liege. Daraus sieht man, daß Herr Lehmann bei dem größten Teil seiner Wähler abgewürdigt hat. Jetzt hält er in Versammlungen des Bundes der Landwirte Vorträge über die Reichsfinanzreform.

Ammendorf, 20. Okt. (Auszeichnung.) Rätlicher Ludwig. Auf eine mehr als 25jährige ununterbrochene Tätigkeit im Betriebe der Grube „von der Heudt“, hier, konnten sich der Kaufherr Wilhelm Barth aus Amendorf und Karl Weidardt aus Brudorf rühmend. In Gegenwart der Beamten und des Arbeitersauschusses überreichte Herr Bergart Treue den beiden Beamten das Allgemeine Ehrenzeichen. Der Direktor, Herr Bergschlosser Schulze, handigte den Arbeitsveteranen je eine silberne Uhr mit entsprechender Widmung nebst Karte ein. Eine kleine Festlichkeit schloß sich an. — In der Hauptstraße standelieren kürzlich abends mehrere junge Leute und rissen beim Dachdeckermeister Reichert die Laternen herunter. Herr R. hielt einen der Beteiligten fest, Wächter Albrecht ebenfalls zwei; ihre Namen wurden festgehalten und Studenten aus Halle rekonstruiert. Zwei andere Herren, die sich auch an dem Unfug beteiligten, entkamen durch die Flucht.

Ammendorf, 20. Okt. (Gemeindevertretung.) In der Sitzung der Gemeindevertretung am Montag wurden die Beschlüsse der Wahl eines Kreisratstagesabgeordneten die Herren Seemann, Lindner, Dr. Pfaff, Roehming und Boesche genehmigt. Einem Vorschlage des Bankiers Rosenberg wurde die Genehmigung nur unter der Bedingung erteilt, daß die Baukosten für imgefallen wird. Ein Vorschlag der Firma Ch. Prinzler wurde verweigert. Herr Richter hatte beantragt, ihm die Anlage eines Bognetzes zu gestatten, dessen Tiefe auf der einen Seite 2,45 Meter, auf der anderen 3 Meter betragen würde. Nach eingehender Beratung wurde die Beschlußfassung vertagt. Der Herstellung eines Wasserlaufes in Desinfektionsraum und Befestigung von Klammern für denselben hat die Verwaltung ihre Zustimmung und bewilligte die erforderlichen Mittel. Wegen Anlage einer Freitreppe vor dem Hause Bahnhofsstraße 2 lagen zwei Anträge vor, nach dem einen sollte die Anlage einer Freitreppe auf Verdeckt genehmigt, nach dem andern eine solche überbaut nicht gestattet werden. Bei der Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit, worauf der letztere Antrag zur Annahme gelangte. Von einer Vermehrung der Kreis- und Provinzialräte wird vorläufig Abstand genommen, da die Arbeiten in den nächsten Jahren seitens der Regierung in Aussicht genommen sind. In der geschlossenen Sitzung wurde von dem Einspruch der Eisenbahnverwaltung gegen den Bau der Gasanleit Kenntnis genommen. U. a. wurde beschlossen, den Preis für Gas- und Leuchtgas auf 20 Pf. zu hoch, Holz- und Kraftgas auf 16 Pf. pro Kubikmeter festzusetzen. Für die Straßenbeleuchtung kommt das Fernübernahmestrom zur Anwendung. Denjenigen Hausbesitzern, die es wünschen, werden die Steigeleitungen gratis auf Kosten der Gemeinde gelegt. Auf Wunsch werden auch sämtliche übrigen Leitungen gelegt und Beleuchtungskörper geliefert; die Zahlungen können in monatlichen Raten erfolgen.

Kabemell, 20. Okt. (Schuleinweihung.) Das alte Kitzl. Am Montag fand die Einweihung der neuen Lehrkräfte durch Herrn Rektor Thielemann statt. Es traten neu ein: Fr. Kitzl, Herr Thielemann, Herr Wochardt. Am 10. Okt. erfolgte dann die Einweihung der neuen Schule. Zu der Feier war außer dem Schulvorstande, den beiden Ortsgeistlichen und dem Lehrerkollegium auch der neu angestellte Herr Kreisfiskusinspektor Nidel-Halle a. S. erschienen. Nach dem einleitenden Gebete der Schulleiter hielt Herr Rektor Thielemann die Einweihungsrede. Er wies auf die Wichtigkeit und Schwierigkeit der Schulerziehung und des Unterrichts hin. Mit dem Wunsche, daß ein immerwährender Segen für die Schulgemeinde vom neuen Hause ausströmen möge, schloß er seine Ausführungen. Die Schule ist eine wirkliche Zierde der Gemeinde, auch die innere Einrichtung, wie Dampfheizung, Anstaltbelag der Korridore, Schulbänke nach neuestem System usw. lassen die neue Schule als ein Gebäude erscheinen, das ganz den modernen Anforderungen entspricht. Am Abend veranstalteten die Schulleiter einen „Festabend“. Interessant war ein von Herrn Lehrer Wochardt eingespielter Fackelzug. Die alte Kitzl, Räumchen genannt, welche sich am Wege von Rabemell nach Brudorf in der Nähe der Grube „von der Heudt“, befand, ist gefallt worden. An dieser Stelle soll früher ein Knabe von einem Fuhrmanne überfahren worden sein, der ihm als Denkmal auf dem dortigen Platze den Baum pflanzte. Nach den Ringen ist der Baum 155 bis 160 Jahre alt, seine Höhe beträgt 23 Meter.

* Brudorf, 20. Okt. (Vergiftungsversuch?) Ein senationeller Vergiftungsversuch, der auch bereits die zuständige Behörde beschäftigt, macht gegenwärtig hier von sich reden. In der Familie des Inwaliden Fr. R. war es zu Zwistigkeiten gekommen, so daß sich B. von seiner Wohnung entfernte und auf einem Steine unweit der Reide einschlämmerte. Währenddessen war an die Seite des Schlummenden ein Fäßchen gestellt worden, so daß der Erwachende in die Verlockung kommen konnte, von der darin befindlichen Flüssigkeit, die er für Most halten konnte, zu trinken. Das Fäßchen war vor dem Erwachen entfernt und der Behälter von dem Vorfalle Anzeige erstattet worden. Der Inhalt der Flasche war Schwefelsäure. Behördenleiter

seits ist die Unterjüngung eingeleitet und Vernehmungen haben stattgefunden, so daß jedenfalls Licht in die dunkle Angelegenheit kommen wird.

(1) Wölnitz, 20. Okt. (Baumfällerei.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag vergriffen sich freilebende Hände an einer Anzahl Apfelbäume an der Straße vom Burglebenauer Wege nach untern Orte zu, schnitten mit einem Messer dieselben an, schälten die Rinde los, brachen schließlich noch einen der herrlich gewachsenen Bäume mit samt dem Baumstumpf aus und warfen die Krone in den Straßengraben. Am westlichen Ausgange des Ortes wurden in der Nähe der neuen Häuser Birnbäume ebenfalls durch Anführer und Gehilfen der Rinde beraubt; hier ist man den Tätern auf der Spur, so daß hoffentlich eine Bestrafung erfolgen kann. Nicht ausgeschlossen ist, daß die letztere Tat im Zusammenhang steht mit dem Vorfall, daß zwei Jungen einem Mädchen, welches Zeitungen trug, das Paket abnahmen und die Wäcker mit einem Messer durchstachen, worüber Anzeige erstattet ist.

Bochau, 20. Okt. (Unfall.) Die Ehefrau des Bergmanns Kohanen hatte das Unglück, als sie auf dem Heimwege vom Felde begriffen war, auszugleiten und zu Falle zu kommen. Die Bedauernswerte vermochte sich nicht wieder zu erheben, so daß sie nach Hause gefahren werden mußte. Der zu Rate gezogene Arzt stellte an der Fußknöchelparte eine Sehnenzerrung fest.

(1) Eilenburg, 20. Okt. (Treibjagd.) In Wettewitz wurden 318 Fasanen und 12 Rebhühner geschossen. Gutsbesitzer Winkler-Wettewitz erschrug vor Beginn der Jagd einen Fuchs, der sich in seinen Hof verirrt hatte, mit einem Stod.

Witterfeld, 20. Okt. (Schulal.) Am 18. d. M. wurde der Knecht Karl Springer in Siegelberg wegen Verübung von Sittlichkeitsverbrechen an zwei fünfjährigen Mädchen festgenommen.

(1) Blankenburg, 18. Okt. (Verkräftetes Kraftmeiertum.) Seinen Leihstimm mußte hier kürzlich ein junger Bursche von auswärts härten. Er wettete mit anderen, einen schweren, mit Wasser gefüllten Eimer mit den Händen zu heben. Zwar hob er den Eimer, doch war sein Gehör bezüglichen Kraftleistungen nicht gewachsen, denn der Leihstimmige brach sich dabei einen Teil seiner Zähne aus und verletzte sich den Kiefer.

Ronneburg, 20. Okt. (8. Uhr-Ladenschluß.) Bei der Abstimmung über den 8. Uhr-Ladenschluß entschieden sich von den Geschäftsinhabern 120 für und 38 gegen denselben. Da die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den 8. Uhr-Ladenschluß erreicht ist, so ordnete das Herzog. Ministerium die Einführung desselben vom 1. November ab an.

Mudolstadt, 20. Okt. (Stiftung.) Der unlängst verlebte Rentier August Himmelreich hat neben anderen Vermögensstücken auch dem hiesigen Pestalozzverein ein Legat von 5000 Mark ausgesetzt.

Br.-Börne, 19. Okt. (Höhere Jagdpreise.) Bei der diesjährigen Jagdverpachtung erlöhren sämtliche Parzellen eine Preissteigerung, so daß mit 5195 Mark das vorige Ergebnis um 1185 Mark überbietet ist.

Gotha, 20. Okt. (Einer Enttäufung) hat vorgehört die hiesige Einwohnerversammlung zum Opfer. Am Laufe des Nachmittags verdrängte sich das Gericht, daß gegen Abend auf dem am kleinen Seeberge geschaffenen Landungsplatz für Luftschiffe das Personal die Luftschiffe eintreffen und landen werde. Die Folge war natürlich, daß der größte Teil der Einwohner unserer Residenz in den Abendstunden eine Walfahrt nach jener Gegend veranfaßte. Zu Fuß und in manderlei Fahrzeugen zogen Tausende hinaus und warteten geduldig Stundenlang auf das Ereignis, das nicht eintreffen wollte, bis am späten Abend auch die letzten enttäuscht heimkehrten. Dem Gericht lag ausschließlich die Tatfrage zugrunde, daß Staatsminister von Richter, Oberbürgermeister Diebtrun und mehrere andere hiesige Herren an einem Aufzuge des Personal in Frankfurt teilnahmen.

Amman, 20. Okt. (Museum.) Auch in unserer Stadt soll ein Ornatmuseum gegründet werden. Der Gemeinderat hat erst zu diesem Zwecke ein Zimmer im Rathaus für Verfügung gestellt.

Schleiz, 20. Okt. (Die Errichtung eines Moorbades) ist in weite Ferne gerückt. Trotz der für das Bad geeigneten 60—70 000 Mark soll von der Errichtung vorläufig abgesehen und das erworbene Gelände der Grundstücksverwaltung der Fürstlichen Kammer wieder zur Verfügung gestellt werden.

Wetter-Aussichten.

- 22. Oktober: Bewölkt, meist trübe, fahler, Regenfälle.
- 23. Oktober: Wolk bedeckt und trübe, feucht, Nebel.
- 24. Oktober: Bewölkt, fahler, trocken.
- 25. Oktober: Bismok heiter, tags ziemlich milde, nachts kalt.
- 26. Oktober: Warner, meist trübe, etwas Regen.
- 27. Oktober: Normal, meist trübe, Strichregen, Nebel.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Briefe Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für den Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten

Alfred Bernhardt
Spezialhaus feinsten Delikatessen
Russische Kaviar-Handlung
Gr. Ulrichstr. 46. Telefon 735.
Halle a. S.
M. d. Rabatt-Sp.-V.
Die ersten Sendungen
neuer Gemüse-Konserven
sind eingetroffen. Preise inauserst niedrig.

Empfehle in nur hochprima Qualitäten, in grösster Auswahl:
Russ. Kaviar
direkter Import, größte Leistungsfähigkeit.
In Astrachan-Kaviar PR. 10.—
In Malosol-Kaviar PR. 16.—
In Malosol-Anisole PR. 20.—
Helgoländer Hummer.
Hochprima Holl. Austern.
Frische Gänseleber-Pasteten
Terrine von Mk. 1.10 an.

Junge Mast-Hähnchen
Stück 1.50—1.60.
Steirische Poulets
Stück 1.70—1.90.
la. schwere Mast-Enten
Stück 3.50—4.00.
Echte Briss. Mast-Pouarden
Stück 5.50—7.50.
Eine grosse Sendung prachtvoller
Milch-Mast-Gänse
à Pfd. 78, 7—10 Pfd. schwer.

Hasen
Starke feiste Waldhasen
Stück 3.50—4.00.
Fertig gespießt 5.00 à mehr.
Grosse Madeira-Bananen Dtsd. 1.00.
Stecher Goldtrauben Kiste 1.10 und 2.25.
Hocharomat. Ananas Stück 2.—3.00.
Vierländer Tomaten, franz. Salate,
Engl. Bleichsalz. Paris. Artischoken,
Neues Schwäbisches Weinkraut PR. 20 Pfd.
Echte Teller-Rüben,
Bozener Edelmoronen,
Frische Markkaner Datteln,
Nische Paradies-Pöten.

